

Haushaltsrede
AfD-Fraktion Rheinisch-Bergischer Kreis

Kreistagssitzung 11.12.2014

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren.

Wir werden heute über den Haushalt 2015 entscheiden, der uns nunmehr vorliegt. Mit Blick auf die Beratungen der letzten Wochen in den Ausschüssen und als fünfter Redner in der Reihe hat man oft eine undankbare Aufgabe, weil vieles schon gesagt wurde, nur noch nicht von jedem.

Lassen Sie uns aus der Not eine Tugend machen und einfach ein bisschen über den Kreishaushalt im ganz engen Sinn hinausblicken, auch wenn wir mit ihm anfangen.

Wir sehen den Haushalt mit gemischten Gefühlen. Einerseits trägt die Produktkritik, die bereits vor unserem Einzug in den Kreistag durchgeführt und umgesetzt wurde, Früchte. Die Kreisumlage halten wir aus Sicht der betroffenen Kommunen prinzipiell für akzeptabel, zumindest ist sie nicht die Ursache für deren Probleme.

Andererseits: Der Fehlbetrag von knapp drei Millionen Euro und die damit verbundene Reduzierung der Ausgleichsrücklage lässt uns stutzen. Aus Rücksichtnahme auf die Kommunen soll dieser Fehlbetrag akzeptiert werden.

Dieser Argumentation möchten wir in diesem Jahr folgen.

Aber das Argument, nämlich die Rücksichtnahme auf die stark unterfinanzierten Kommunen, führt den Blick auf eine Problematik, die wir für völlig inakzeptabel halten.

Diverse Statistiken in Deutschland sehen ja so aus, als ob der Weihnachtsmann schon dagewesen wäre. Ich möchte nur drei Punkte hervorheben:

- Das Steueraufkommen war und ist immer noch hoch.
- Die Beschäftigungszahlen sind hoch, die Erwerbslosenzahlen niedrig.
- Bund, Land und Kommunen finden sich in einem Zinsumfeld wieder, das für Schuldenmacher paradiesisch ist.

Wie stark haben sich die Kommunen angesichts dieser vorteilhaften Rahmenbedingungen in den letzten Jahren entschuldet? Gar nicht. Im Gegenteil. Die Verschuldung ist gestiegen. Oder die Steuern. Oder beides.

Gestern haben wir alle eine besonders bittere Entscheidung zur Kenntnis genommen. Nach Jahren mit hohem Steueraufkommen und niedrigen Zinsen hat der Rat der Stadt Overath beschlossen, den Grundsteuerhebesatz auf 850 Punkte zu erhöhen. Im ersten Schritt, wohlgemerkt.

Radio Berg berichtete heute morgen, dies sei der Rekord im Land. Das stimmt nur fast. Den Rekord hält seit kurzem Duisburg mit 855 Punkten. Aber vielleicht ist es auch schwer, aktuell den Überblick zu behalten.

Und warum ist das so? Warum sind die Rahmenbedingungen so gut wie nie zuvor und die Belastung der Bürger vielerorts so hoch wie nie zuvor? Wie passt das zusammen? Das betrifft ja nicht nur die Kommunen, sondern auch den Kreis. Sei es direkt oder indirekt, weil er aufgrund dessen eben einen Fehlbetrag akzeptiert.

Eine der Hauptursachen, so erklären Sie und Ihre Parteifreunde in den Räten den Bürgern immer wieder, sind die ständig steigenden Aufgaben. Es sei nun einmal nicht die Schuld der Kommunen, wenn Sie von Gesetzes wegen durch Beschlüsse von EU, Bund und Land immer mehr Aufgaben wahrnehmen müssen, ohne dass dafür gezahlt würde.

Okay, es liegt also unter anderem an der Konnexität, bzw. an der mangelnden Konnexität. Dann fragen wir halt weiter: Warum zahlen Land und Bund nicht? Und was antwortet die Landesregierung? Sie würde ja zahlen. Wenn der Bund mehr Geld geben würde.

Und was antwortet der Bund? Alles sei sehr kompliziert, aber es kommt ja Geld, ein paar Milliarden. Demnächst. Vielleicht.

Das macht uns wieder stutzig. Denn auch und erst recht für den Bund gilt: Die negativen Realzinsen, dieser Fluch für verantwortungsbewusste Sparer, ist für Schuldner hoch attraktiv, also für den Bund. Und über extrem hohe Steuereinnahmen darf sich seit geraumer Zeit auch der Bundesfinanzminister freuen.

Warum können dann die kommunalen Aufgaben nicht ausreichend finanziert werden? Wo bleibt das ganze Geld eigentlich, dass in die Kassen fließt, weil es Deutschland ja so gut geht, wie uns Ihre Parteispitzen ja immer wieder gerne erläutern?

Ich möchte diese Frage zumindest zu einem wichtigen Teil beantworten:

Die ausschlaggebende Beschäftigtenzahl ist nämlich gar nicht gut, ausschlaggebend ist nämlich die gesamte Eurozone.

In Ländern wie Spanien und Griechenland liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 25%, die Jugendarbeitslosigkeit dort ist doppelt so hoch. Über 18 Millionen Menschen in der Eurozone sind arbeitslos.

Das ist ein Desaster.

Die südeuropäischen Staaten kriegen ihre Haushalte demzufolge natürlich nicht mehr in den Griff. **Und jetzt sollen unter anderem aber in erster Linie die deutschen Steuerzahler den Ausfall von vielen Millionen Erwerbstätigen kompensieren.**

Das funktioniert aber seit bald sieben Jahren nicht. Wer einen toten Gaul reitet, sollte so langsam mal absteigen. Stattdessen werden Schuldengrenzen gesprengt, Rettungspakete geschnürt und Herr Draghi schießt mit irgendwelchen Bazookas auf die Kapitalmärkte.

Das ist alles Geld, meine Damen und Herren, das jetzt unter anderem in den Kommunen fehlt.

Kaufkraftverluste, reale Negativzinsen, verlorene Kredite, Bürgschaften, Schrott-Anleihekäufe – das Gesamtvolumen der Rettungsmaßnahmen hat die Billionengrenze längst überschritten. Dreistellige Milliardenbeträge sind bereits geflossen. Den größten Teil trägt der deutsche Steuerzahler. Damit hätte man so manche kommunale Aufgabe finanzieren können.

Das Wesen der Maßnahmen hingegen ist: Keine Solidarität mit den Opfern einer anmaßenden Währungspolitik, sondern Einschnitt in deren Sozialsystem in der größten Krise.

Stattdessen werden die Bilanzen von Banken und Exporteuren vergoldet. Freilich nicht durch deren Kunden, sondern durch den Steuerzahler.

Unternehmen, die das nötig haben, braucht kein Mensch. Wir werden sie auch niemals satt kriegen.

Meine Damen und Herren, der direkte und der indirekte Preis, den Deutschland in den letzten Jahren für de facto fruchtlose Rettungsbemühungen bezahlt hat, hat die Grenze von rund 135 Milliarden längst überschritten. Von Krediten, die noch ausfallen werden und Bürgschaften, die noch fällig werden, will ich hier und heute gar nicht reden.

135 Milliarden, damit hätte man, den politischen Willen vorausgesetzt, alle Kommunen in ganz Deutschland entschulden können.

Schauen Sie bitte in Ihre Parteibücher, vielleicht sehen Sie dann den Namen einer Regierungspartei. Und dann fragen Sie sich bitte vor Ihren nächsten Parteitagen, ob Sie den politischen Willen haben, Steuergelder für Kommunen statt für internationale Banken zu verwenden.

Wenn ja, dann fangen Sie einfach schon mal an. Wenn der Wähler es möchte, sind wir ab 2017 gerne behilflich.

Wenn nein, dann sagen Sie das den Menschen einfach. Am besten gleich hier im Kreis, aus gegebenem Anlass vielleicht zuerst in Overath.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir wünschen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, allen Kreistagsmitgliedern sowie allen Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.

Nachtrag (Gedächtnisprotokoll):

In seiner Haushaltsrede forderte Gerhard Zorn, Faktionsvorsitzender der SPD, Torsten Jungbluth angesichts der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden und der Stellungnahmen insbesondere von Bernd Lucke (Sprecher des Bundesvorstandes der AfD) zu einer Distanzierung von rechter Gewalt und Rassismus auf.

Weil Torsten Jungbluth das Junktum zwischen rechter Gewalt und PEGIDA nicht stehen lassen wollte, fragte er nach Beendigung seiner Haushaltsrede noch einmal explizit nach, wovon eine Distanzierung konkret gewünscht sei.

Auf diese konkrete Nachfrage bezeichnete Herr Zorn die Demonstranten in Dresden ohne weitere Differenzierung als „rechtsradikale Gruppen“.

Herr Jungbluth distanzierte sich daraufhin von jeglicher, also sowohl von rechter als auch von linker Gewalt. Er betonte jedoch, dass dies ausnahmsweise und eher aus Höflichkeit geschehe, einen konkreten Anlass gebe es nicht.

Er zitierte im Folgenden aus einem von Gerhard Zorn angesprochenen Interview mit Bernd Lucke, in dem dieser die Demonstrationen befürwortete, aber gleichzeitig davor warnte, aus dem Kampf gegen eine frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie eine ablehnende Haltung gegenüber dem Islam als Religion abzuleiten.

Diese Haltung, so Jungbluth, sei nun einmal differenziert.

Er bezeichnete jedoch den an rund zehntausend Menschen gerichteten Vorwurf, diese seien Rechtsradikale, als Diffamierung, die nicht dadurch zu rechtfertigen sei, dass sich den friedlichen Demonstrationen ein paar hundert Rechtsextreme anschließen.

Zur Verdeutlichung dieser Problematik machte er die SPD-Fraktion auf die Umstände bei den Demonstrationen zum 1. Mai aufmerksam.